



MEHR WEGSTRECKENENTSCHÄDIGUNG FÜR DIENSTREISEN FÜR BESCHÄFTIGTE BEI LAND UND KOMMUNEN

Veröffentlicht am 15.03.2022 um 10:00 Uhr

Vor dem Hintergrund steigender Benzin- und Dieselpreise hat das Kabinett heute auf Vorschlag von Finanzministerin Monika Heinold eine Anhebung der sogenannten "Wegstreckenentschädigung" für Dienstreisen von Beschäftigten bei Land und Kommunen beschlossen.

"Mit dem Jobticket, der Anschaffung von E-Autos für den Landesdienst und dem geplanten Fahrradleasing für Landesbeschäftigte leisten wir als Arbeitsgeber unseren Beitrag zur Mobilitätswende. Ich ermuntere alle Mitarbeitenden, diese Möglichkeiten auch für Dienstreisen zu prüfen und wenn möglich zu nutzen. In einer Zeit hoher Spritpreise nehmen wir als Land aber auch Verantwortung für all diejenigen wahr, die bei



/ Foto: Pixabay

Dienstreisen ihr eigenes Fahrzeug nutzen müssen. Deshalb habe ich der Koalition heute vorgeschlagen, die Kilometerpauschale für diese Fahrten vorerst temporär zu erhöhen", sagte Finanzministerin Monika Heinold.

Die Wegstreckenentschädigung zahlen das Land und die Kommunen für mit dem Privatauto gefahrene Strecken bei Dienstreisen. Sie soll von derzeit 20 Cent auf künftig 30 Cent je Kilometer für eine einfache Dienstreise und von derzeit 30 Cent auf künftig 40 Cent je Kilometer für eine Dienstreise, bei der an der Benutzung eines Kraftwagens ein erhebliches dienstliches Interesse besteht angehoben werden. Die Anhebung ist zunächst zeitlich befristet für ein halbes Jahr.